

Geschäftsordnung Grosser Gemeinderat; Teilrevision

1. Ausgangslage

Die aktuell gültige Geschäftsordnung des Grossen Gemeinderats wurde am 21. November 2000 erlassen und am 23. März 2010 (Änderung infolge Einführung der Regionalkonferenz Bern-Mittelland / Einfügung des 9. Abschnitts) und am 23. November 2010 (Änderung von Art. 3 Abs. 3 und Abs. 4 / Frist für Einberufung einer Sitzung und Art. 52 / Inkraftsetzung) je einer Teilrevision unterzogen.

Am 23. März 2021 hat das Parlament die Motion Schmid (SP) / Zloczower (FDP): Digitale Sitzungsteilnahme ermöglichen als dringlich erklärt und überwiesen.

Wortlaut der Motion:

Antrag

Aus aktuellem Anlass der Coronakrise und im Sinne der Massnahmen des Bundes, welche darauf abzielen, dass Kontakte auf ein Minimum beschränkt werden, wird der Gemeinderat beauftragt:

- 1. So rasch wie möglich die digitale Teilnahme an Sitzungen von Gemeindeorganen i. S. v. Art. 6 Abs. 2 Ziff. 2-4 der Gemeindeordnung (GO), einschliesslich der GPK, zu ermöglichen.*
- 2. Darüber hinaus wird der Gemeinderat beauftragt, die Durchführung digitaler Sitzungen auch über die Pandemie hinaus zu ermöglichen.*

Der Gemeinderat sieht die rechtliche und technisch geeignete Umsetzung vor.

Begründung

...

2. Vorgehen

Das Büro des Grossen Gemeinderats hat sich mit der Teilrevision der Geschäftsordnung Grosser Gemeinderat (GO GGR) befasst und entschieden, diese nicht abschliessend auf die Rechtsetzung der digitalen Durchführung der Parlamentssitzungen zu beschränken, sondern die GO GGR einer sprachlichen Aktualisierung zu unterziehen und nur einzelne Artikel aufgrund der "gelebten Praxis" anzupassen. Auf eine grundlegende Überarbeitung der GO GGR wurde hingegen verzichtet, da die Regelung der digitalen Durchführung der Parlamentssitzungen rasch eingeführt werden soll. Für die juristischen Aspekte stand Rechtsanwältin Beatrice

Nobel-Zbinden beratend zur Seite.

3. Die wesentlichen Änderungen und Erläuterungen

1. Abschnitt (Allgemeine Bestimmungen)

Art. 1 (Konstituierung)

Die bisherige Formulierung "...der Präsidentin oder des Präsidenten..." wird im gesamten Erlass nach sprachlicher Möglichkeit in "Präsidium" geändert.

Die entsprechenden Änderungen sind im Erlass in Fettschrift hervorgehoben.

Art. 2 (Einberufung)

Abs. 1

Zur besseren Planbarkeit sollen die Sitzungstermine für das kommende Jahr spätestens an der Oktober-Sitzung festgelegt werden.

Art. 3 (Traktanden)

Abs. 2

Da ein Widerspruch zum bisherigen Wortlaut von Art. 21 besteht, wird eine Ergänzung vorgesehen, wonach das Parlament zu Beginn der Sitzung die ergänzte Traktandenliste mit einfachem Mehr genehmigen muss.

Abs. 3bis

Ergänzung gestützt auf die am 23.3.2021 überwiesene und abgeschriebene Motion forum / EVP: Strategische Planungs- und Bauprojekte.

Art. 3a (Sitzungsdurchführung)

Neuer Artikel gestützt auf die überwiesene Motion Schmid (SP) / Zloczower (FDP).

Bis zum Ausbruch der Pandemie fanden die Parlamentssitzungen während vieler Jahre in der Aula der Schulanlage Moos statt.

Seit Wiederaufnahme des Parlamentsbetriebs nach dem Corona-Lockdown im Juni 2020 tagt das Parlament vorübergehend in der Turnhalle der Schulanlage Moos.

Die Bestimmung in Abs. 1 regelt, dass die Parlamentssitzungen im Normalfall in der Schulanlage Moos stattfinden. Die Bestimmung lässt bei Bedarf auch einen anderen Sitzungsort zu und Abs. 2 schafft die Möglichkeit der digitalen Durchführung einer Parlamentssitzung.

Abs. 3 sieht vor, dass das digitale Zuschalten einzelner Parlamentsmitglieder in Präsenzsitzungen bzw. Mischformen ausgeschlossen sind.

Art. 3b (Digitale Durchführung)

Neuer Artikel gestützt auf die überwiesene Motion Schmid (SP) / Zloczower (FDP).

Die Abs. 1 – 4 regeln die Grundsätze für die Durchführung der digitalen Sitzung.

Digitale Parlamentssitzungen sollen eine absolute Ausnahme für den Notfall sein und nur zur Durchführung gelangen, wenn physische Sitzungen

nicht mehr möglich sind (Verweis auf Art. 10).

Art. 4 (Teilnahmepflicht)

Abs. 1: sprachliche Anpassung.

Abs. 2: Ergänzung i.S. digitaler Sitzungsdurchführung.

Art. 8 (Sitzungsgeld)

Die Behandlung/Verabschiedung des Behördenreglements erfolgt bis Ende 2021.

2. Abschnitt (Präsidium)

Art. 9 (Präsidium)

Sprachliche Anpassung bzw. übersichtlichere Gliederung der Aufgaben des Präsidiums mit den Bst. a – c.

3. Abschnitt (Büro)

Art. 10 (Aufgaben)

Es wird die neue Aufgabe des Büros betreffend Durchführung und Durchführungsort der Parlamentssitzungen eingefügt. Die übrigen aktuell in Art. 10 erwähnten Aufgaben werden in Absätze aufgegliedert und gemäss Praxis ergänzt.

Abs. 1 sieht vor, dass das Büro GGR auf Antrag des Präsidiums über die Durchführung sowie den Durchführungsort einer Sitzung entscheidet. Weiter obliegt dem Büro der Entscheid über eine Absage oder eine digitale Durchführung einer Sitzung. Die digitale Durchführung der Sitzung muss gestützt auf Art. 3b Abs. 3 zu Beginn der Sitzung durch das Parlament bestätigt werden.

Abs. 3 und 4 regeln, dass das Büro den Wortlaut der Botschaft zuhanden der Stimmberechtigten und die Gestaltung des Stimmzettels festlegt.

Art. 11 (Zusammensetzung)

Abs. 2 regelt die bisherige Praxis, wonach die Allparteienkonferenz nach den Gemeindewahlen den Turnus für die nächste Legislatur vorschlägt.

4. Abschnitt (Sekretariat)

Art. 14 (Protokoll)

Abs. 1 sieht in Ziff. 2 eine sprachliche Anpassung und in Ziff. 5 eine Ergänzung vor, wonach im Protokoll die Abstimmungs- und Wahlergebnisse inkl. Stimmenzahlen aufgeführt werden müssen, sofern nicht auf die genaue Ausmittlung des Mehrs verzichtet worden ist.

Abs. 1^{bis} regelt die seit vielen Jahren praktizierte Audioaufnahme der Parlamentssitzungen und, dass die Audioaufnahmen nach der Genehmigung des Protokolls bzw. nach Abschluss eines allfälligen Beschwerdeverfahrens gelöscht werden müssen. (Kommentar Jürg Wichtermann zum Gemeindegesetz bzw. Informationsgesetz).

5. Abschnitt (Kommissionen)

Art. 15 (Geschäftsprüfungskommission)

Abs. 3 regelt die bisherige Praxis, wonach die Allparteienkonferenz nach den Gemeindewahlen den Turnus für die nächste Legislatur vorschlägt.

Art. 16 (Geschäftsgang)

Abs. 2 sieht vor, dass die Kommission (GPK) nach eigenem Ermessen über die physische oder digitale Durchführung der Sitzung entscheiden kann.

Art. 17 (Nichtständige Kommissionen des Grossen Gemeinderates)

Es wird auf Art. 55 GO verwiesen: Nach Art. 55 GO sind mit der Einsetzung einer Kommission Mitgliederzahl, Arbeitsweise, Aufgaben, Zuständigkeiten, Organisation und Zusammensetzung festzulegen.

Art. 19 (Protokolle der Kommissionen)

sprachliche Präzisierung.

6. Abschnitt (Beratung)

Art. 21 (Reihenfolge der Geschäfte)

Abs. 1 sieht eine Präzisierung vor, wonach nur über ordnungsgemäss traktandiierte Geschäfte gültig beschlossen werden kann.

Abs. 2 = bisheriger Wortlaut

Abs. 3 neue Bestimmung, wonach der Gemeinderat traktandiierte Geschäfte bis zur Schlussabstimmung zurückziehen kann.

Abs. 4 neue Bestimmung, wonach das Plenum über die allfällige Absetzung oder Verschiebung von Geschäften entscheidet.

Art. 22 (Ablauf der Verhandlungen)

Der Artikel wird mit den Abs. 1^{bis} und 1^{ter} übersichtlicher strukturiert bzw. die bisher geltende Praxis bei der Eintretensfrage festgeschrieben.

Art. 28a (Wiedererwägungsanträge)

Neuer Artikel. Wiedererwägungsanträge waren bis jetzt zulässig. Neu werden die Voraussetzungen und der Ablauf geregelt.

Kommentar Gemeindegesetz: *Wird im Geschäftsreglement eines Parlaments die Wiedererwägung verabschiedeter Geschäfte nicht ausdrücklich als unzulässig erklärt, so ist sie grundsätzlich zulässig. Vorbehalten sind einzig Fälle des Rechtsmissbrauchs.*

7. Abschnitt (Parlamentarische Vorstösse und Jugendmotionen)

Art. 29 (Motionen und Postulate)

Abs. 1: Präzisierung des bestehenden Wortlauts.

Abs. 2: Ergänzung des Abs. aufgrund eines Entscheids des Regierungsrats bzw. der Praxis, wonach Motionen nur über Gegenstände eingereicht werden können, die nicht in den ausschliesslichen Zuständigkeitsbereich des Gemeinderats gehören.

Art. 30 (Form und Behandlung der Motionen und Postulate)

Mit der Neugliederung des Artikels wird die geltende Praxis abgebildet bzw. die Vorgaben übersichtlicher geregelt/gegliedert.

Art. 31 Abänderung / Umwandlung und Rückzug (neue Marginalie)

Neu wird der Rückzug eines Vorstosses geregelt.

Art. 32 (Interpellationen und einfache Anfragen)

Abs. 2 entspricht der aktuellen Praxis; am Schluss der Sitzung erfolgt die Bekanntgabe der eingereichten Interpellationen und einfachen Anfragen. Der Wortlaut des Vorstosses wird jedoch nicht verlesen.

Abs. 3: sprachliche Präzisierung aufgrund der Praxis.

Art. 34 (Jugendmotion)

Abs. 2 und 5: sprachliche Präzisierung.

Art. 35 (Erwähnung im Verwaltungsbericht)

Abs. 1: Ergänzung mit dem Stand der Umsetzung.

Abs. 2: Präzisierung der Möglichkeit der Abschreibung von parlamentarischen Vorstössen via Verwaltungsbericht (alle zusammen oder mit Einzelabstimmung).

8. Abschnitt (Abstimmungen und Wahlen)

Art. 40 (Abstimmungsregeln)

Mit der Aufteilung in die drei Abs. 1, 1^{bis} und 1^{ter} wird das Abstimmungsverfahren – ohne inhaltliche Anpassung – verständlicher und nachvollziehbarer formuliert.

Art. 42 (Form der Abstimmung)

Abs. 6 sieht vor, dass der Gemeinderat dem Grossen Gemeinderat einzelne Teil-, Vor- und Grundsatzfragen, allenfalls mit Varianten, zur Stellungnahme unterbreiten, und das Parlament eine zustimmende, teilweise zustimmende oder ablehnende Stellungnahme abgeben kann.

Art. 48 (Wahlergebnisse)

Abs. 3: Präzisierung, wonach die eingelangten Wahlzettel nach Ablauf der Beschwerdefrist zu vernichten sind.

Art. 52 (Inkraftsetzung)

Die erste Inkraftsetzung eines Reglementes sollte gesetzestechnisch bei darauffolgenden Teilrevisionen nicht geändert werden, sondern durch Beschluss (GGR oder GR).

Art. 52 wurde im Rahmen einer Teilrevision verändert, was nun rückgängig gemacht wird.

4. **Antrag des Büros des Grossen Gemeinderats**

Gestützt auf die vorstehenden Ausführungen beantragen wir dem Grossen Gemeinderat, folgenden Beschluss zu fassen:

Die Teilrevision der Geschäftsordnung des Grossen Gemeinderats wird genehmigt und per 1. November 2021 in Kraft gesetzt.

Muri bei Bern, 24. September 2021

BÜRO GROSSER GEMEINDERAT MURI BEI BERN

Die Präsidentin

Die Sekretärin

Patricia Messerl

Karin Pulfer

Beilage

- Synopse der Geschäftsordnung des Grossen Gemeinderates